

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Republik. 1918-1930  
38 (1924)**

65 (17.3.1924)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-476202](#)

Die "Republik" erzielt täglich eine Ausgabe der Sonn- und Feiertage. Der Abonnementpreis beträgt für die Zeit vom 16. bis 31. März 20 Pfennig pro Jahr, für Abonnenten der Expedition Peterstraße Nr. 76 25 Pfennig, durch den Postbezirk für den Monat März 1.50 Goldmark.

# Republik

Anzeigen-Grundpreise: Mindestens 50. deren Raum für Kärtchen 5 Pf., Familienanzeigen 3 Pf., für Anzeigen auswärts. Anzeigen 7 Pf., 1. Klasse d. Illustrierten 25 Pf. Goldmark bei jährlicher Bezahlung zu dem um Zahlungs-Tage bekannten amtlichen Berliner Brief-Kurs.

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg-Ostfriesland - Oldenburger Volksblatt

Hauptredaktion: Peterstraße 76,  
Fernsprecher Nr. 58

Wilhelmshaven-Rüstringen, Montag, 17. März 1924 \* Nr. 65

Redaktion: Peterstraße 76  
Fernsprecher Nr. 58

## Von Helden und Gauklern.

Die Sonnabend-Sitzung im Münchener Prozeß. - Löfflow macht überhaupt nicht mehr mit. - Wieder eine Ordnungskarre. - Kardinal Faulhaber erscheint auf dem Plan.

Zu Beginn der Sonnabend-Sitzung verlas der Vorsitzende zunächst eine Erklärung des Kardinals Faulhaber, der in nachstehender Gehirnungsrede niedergelegt ist:

"Allesamt habe ich die Absicht, mit der Richtung, die der General Ludendorff gegen mich erheben unmöglich Wallungen und Anträge bis zum Schluß des Prozesses zu warten. Da ich aber von meisternen Seiten hörte, daß ein Abkommen aufzuhören werden könnte, gebe ich folgende Erklärung ab:

1. Nach den Angaben der politischen Bewegung unter General Ludendorff eine Freiheitsnotiz, Kardinal Faulhaber würde hinter dem Plan, **Deutschland** und **Österreich** zusammenzuführen und von Reichs zu trennen. Ich habe niemals von diesem Plan gehört und habe von dieser Freiheitsnotiz, die während meiner Amerikanische veröffentlicht wurde, erst während des Prozesses erfahren.

2. Nach der gleichen Quelle befand sich General Ludendorff, ich hätte während meiner Tournee die Verkündung der "Ludiania" als allgemeinheitsweis bezeichnet. Ich habe niemals und nirgends über die Verkündung der "Ludiania" gesprochen und habe sie auch nicht als allgemeinheitsweis bezeichnet. Ich halte das auch gegenüber allen nachrichtigen Verstechungen in der Presse aufrecht.

3. General Ludendorff behauptet, ich hätte in Amerika über die Siedlung am Krieg nicht so geprahnt, wie es die überzeugende Rechtfertigung des deutschen Volkes als Wahrheit erinnert. Ich habe niemals und nirgends in Amerika über die Siedlung am Krieg geprahnt.

4. General Ludendorff hebt als auffallende Bestätigung hervor, daß ich während des **Autokaros-Besuches** in Ameika gewesen bin und damit die Aufstellung erreicht werden könnte, ich hätte vor diesem Besuch auszumachen, so wäre das eine weitere unrichtige Behauptung.

(Unterschrift) Kardinal Faulhaber.

Dazu erklärt General Ludendorff: Ich war nicht in der Lage, die Erklärung mitzugeben und habe mich **nach** **dem** **Autokaros** **Stellung zu nehmen.** Vorsitzender: Seinen General von Löfflow ist nicht erschienen und hat folgendes Schreiben an das Gericht gesandt: "Ich bitte loschen die Vorladung des Gerichts abzuladen. Ich lehne das Gericht vor Weitreich ab. Die Gründe sind für jeden klar, der den Schluß der gefragten Verantwortung abgelehnt hat. (Unterschrift) ganz von Löfflow." Das Gericht bestätigt. Löfflow in einer Verhandlung von 50 Meter zu nehmen.

Dann verläßt der Vorsitzende einen ungewöhnlich eingetroffenen zweiten Brief des Generals v. Löfflow, der sich mit dem Vormarsch Italiens beschäftigt, daß Löfflow am 1. Mai 1923 sein Geschworenschaften habe. Löfflow steht hierzu fest, daß am 30. April 1923 Hitler, Streicher und noch andere Herren der Kampforganisationen bei ihm gewesen waren und erkläre, daß die Verbände mit allen Mitteln, auch mit Blafengewalt, die Weisheit der Sozialdemokratie bedrängt haben. Er habe darauf erklärkt, daß Reichswehr und Landespolizei werde unter allen Umständen die Stagsautokaros wünschen, er würde es nie bedauern, wenn durch die Handlung der Organisationen Zusammenstöße entstehen würden.

Rechtsanwalt Obermann: Ich bitte, den Verleidung des Gerichts, General v. Löfflow abermals in eine Geldstrafe zu nehmen, dafür abzudenken, daß gleichzeitig ein Verjährungsbescheid für Löfflow und zwar für Montag vorausgesetzt anzusehen wird. Die Verleidung kann auf Löfflow nicht verzichten.

Rechtsanwalt Holt: Wir verzichten darauf, daß General v. Löfflow zu erscheinen hat. Er steht hier mehr auf dem Spiel, als ein kleiner Rechtsfehler, den Siekt gegen ihn hat, doch Herr v. Löfflow hier erscheinen muß, was der Staat. Wer sich zu oft bei der Staatsanwaltschaft beruft, wie Löfflow der mag auch der Meinungseinheit mit ständigen Besuch vergangenen. Es handelt sich um die Wahrung der Gerechtigkeit, und ich bitte, ihn vorführen zu lassen.

Stifter erklärt hierzu: Ich bedauere noch einmal, daß mir gestern das Wort entfallen ist, und zwar deshalb, weil ich schon

weniglich den Grund bekannt gab. An der Sache selbst ändert das aber nichts. Der Herr General hat sein Wort gegeben und nicht gehalten, sondern gebrochen. Die Artikulation steht fest und unveränderbar: Löfflow hat sein Wort damals ebenso, wie er es wieder am 8. November gehalten hat, gebrochen, und ein dritter Fall, der noch vorliegt, könnte ebenfalls bewiesen werden. Rechtsanwalt Röder: Ich kann auf den Zeugen Löfflow nicht verzichten. Ich habe an den einige Fragen zu richten von rein tatsächlicher Bedeutung. Ich möchte um Verjährungsbescheid wegen den Jungen bitten. Vorsitzender: Das Gericht wird darüber Besichtigung nehmen.

Nach der Verhandlung des Jungen Universitätsprofessors Tübinger Aussagen über seine Eindrücke im Bürgerbüro des General Ludendorffs:

"Den Herrn von Löfflow, ich habe den Einbruck gehabt, daß General Löfflow, den ich seit Jahren kenne, sich so verbunden und sich so aufgezogen hat, daß ich an einen General bei ihm nicht gleich denken kann. Anders der Herr von Röder. Ich habe nicht einen Moment an den Geist des Herrn von Löfflow gezeichnet und kann mich nicht an seine Ausdrücke erinnern, seine Stimme ist aus dem Ton der Art, wie sie eigentlich Hitler und Röder gegen den Staat ausspielen. Ich wurde erst recht durch diesen Worte in meinem Gedanken bestört. Ich sehe Herrn von Röder ebenfalls fast meinen Sohn und hatte ihn aus verschiedensten Gründen einer Einschätzung nicht für lädiert. Dessen von Sohn habe ich früher nicht gekannt und möchte darüber nichts weiteres sagen. Die Art, wie ich die beiden Herren Hitler und Röder gesehen habe, wie sie sich die Hand schütteln und ich glaube auch schütteln und die Art, wie sie sich in die Augen schauen, davon nicht einen Moment vergessen aufnehmen lassen, daß Röder keine Zustimmung etwas widerwillig gab. Ich glaube sogar, daß Röder die eine Hand noch auf die Hände Hitler gelegt hat. Diese Meinung, wie ich auch alle anderen, die ich darüber gehörten habe, diffusiv. Alles nahm die Haltung Löfflows unbedingt ernst."

General v. Danne sagt aus: Löfflow war nach dem Bürgerbüro sehr gern und gebräuchte häufig Worte, wie "geine Überzahl". Ich hatte den Eindruck, daß er einen inneren starken Sturm hatte, doch ihm das passiert war. Den Sinn noch ähnelt Löfflow sich darin, er sei in einer Zelle gefangen worden. Wir hatten also den Eindruck, daß Löfflow niemals rechtsmitigungsweise hat. Zeuge sehr entschieden: Den Eindruck mußte ich haben. Einen anderen Eindruck konnte ich gar nicht bekommen. Wir haben darüberlich über die Sache geschimpft. Hitler: Hörten die Herren Generale gehörte, wenn Löfflow bei der neuen Regierung stand? Zeuge: Das ist eine schwere Abantwortende Frage. Wir hatten uns gar nicht anders vorgestellt, als daß, was und Löfflow am Tage vorher sagte. Ich glaube auch, wie waren bei unserem Entschluß, nicht mitzunehmen, gebüsst.

Die weitere Vernehmung des Jungen wird zunächst zurückgestellt und in die Vernehmung des nächsten Jungen, des Professors Dr. Wilhelm Bauer, des Präsidenten des vereinigten bayerisch-sächsischen Verbands, eingeteilt. Rechtsanwalt Röder:

"Sie einem Herrn gegenüber auf die Frage: „Warum hätte denn Koch den Marsch auf Berlin unternehmen können und Hitler nicht?“ geantwortet: „Das darf man nicht sagen, sonst kommt Koch vor den Staatsgerichtshof.“ Bauer: Ich kann diese Worte nicht bekräftigen, aber auch nicht sagen, daß ich gesprochen habe."

Als Rechtsanwalt Hemeter noch einmal auf Vorgänge vom 1. Mai zurückkommt, erklärt Staatsanwalt Stark: Was am 1. Mai geplant war, geht mit absoluter Sicherheit aus dem Beweismaterial hervor, das die Staatsanwaltschaft jetzt in Händen habe. Wenn das Gericht Wert darauf legt, zu wissen, was geplant war, nicht von Seiten Löfflows, sondern von anderer Seite, könnte ich das jetzt gefundene und beschlagnommene Protokollbuch als Beweismaterial heranziehen.

Darauf wird die Verhandlung um 1½ Uhr mittags auf Montag verlängert, ohne daß das Gericht seine Stellung zu einer einzigen Vorführung Löfflow mitgeteilt hätte.

Bei dem Verhör Röder am Donnerstag begnügte sich der General Röder, daß Röder noch in der Nacht zum 9. November die Wählwähler des offiziellen italienischen Vertreters in München entgegenommen habe. Röder stellt das italienische Dokument auf das entdeckte feilt, das der im November in München amtierende Generaloffizier Ugo Heinz v. Koch niemals einen Besuch abgeplattet habe. Die Behauptung des Rechtsanwälts Röder ist eine willkürliche Erfindung.

Die starke Liste wird in weitestem Maße begünstigt. Das hat zur Folge, daß die Kandidaten ein Interesse haben, daß die Liste, auf der sie selbst stehen, die starke wird und vielleicht vereinigen, um ihre Liste zur stärksten zu machen. Dieses Wahlgesetz erzwingt geradezu die Koalition der von den Wahlen beteiligten Parteien. Nehmen wir zwei entgegengesetzte Parteigruppen an; nehmen wir an, daß die erste von ihnen in allen Wahlkreisen eine einheitliche Liste präsentiert und daß die entgegengesetzte Partei gruppierung überall Sonderlisten aufgestellt hat, und nehmen wir ferner an, daß jede der zwei Gruppen in ganz Frankreich zusammengekommen die gleiche Wählergruppe erreicht, so ist es mit Rückblick auf die Möglichkeit, daß die Einheitsliste sämtliche Reststimmen aufzunehmen darf, während das die zweite Gruppe nicht kann, sehr wahrscheinlich, daß die erste doppelt so viel Wahlergebnisse bekommt als die zweite.

Daraus erläutert sich in der Hauptfrage der Erfolg des bloc national im November 1919. Der bloc national charakterisiert sich als eine Koalition von Parteien (nationalistische Rechte, gemäßigte Republik und in verschiedenen Fällen Radikale), die in jedem Wahlkreis eine Einheitsliste gebildet haben. Der Erfolg des bloc national 1919 erläutert sich demnach in der Hauptfrage aus der Vergütung, die das Wahlrecht dieser Konzentration von Parteien gegenüber ihren zerstreuten Gegnern gegeben hat. Bei der nächsten Wahl wird sich diese Koalition erneut bilden. Man kann daher sagen, daß sie bereits gebildet ist und daß sie, wie im Jahre 1919, die gemäßigten Republikaner und die radikalen Nationalisten umfasst. Die Frage, die sich angeht, ob die Oppositionsparteien im Wahlkampf getrennt marschieren und dem bloc national das Monopol, das das Gesetz von 1919 ermögllicht, erneut überlassen.

Für uns Sozialisten heißt die Frage praktisch: Ob wir uns weigern, an einer Wahlkoalition teilzunehmen — wodurch wir ohnmächtig bleiben — und dem bloc national durch unser Verhalten den beträchtlichen Vorteil entziehen, aus der Minderheit der Stimmen im Lande die Mehrheit in der Kammer zu machen. Wenn wir bereit sind, mit anderen außerhalb des nationalen Blocks stehenden Parteien in einer Koalition einzutreten, heißt das natürlich auf unsere Spezialwählerlisten und auf unsere ganz einseitige sozialistische Führung des Wahlkampfes verzichten. Die Wahlkoalition nach unserem Gesetz kennzeichnet sich durch gemeinsame Listen, die gemeinsame Programme hinter sich haben, verlangen einen gemeinsamen Wahlkampf, in dem natürlich unsere Kandidaten rückieren, in ihrer rein sozialistischen Wahlagitierung奔ing zu sein. Der einzige Wahlkampf, den das gegenwärtige Gesetz vorstellt, bringt uns also in eine Lage, in der wir ebenso häufig bei den Stichwahlen wären, die uns den Verzicht auf eine eigene Aktion zugunsten eines einzigen republikanischen Kandidaten auferlegen. Wir stehen vor der Alternative, entweder der geeigneten politischen Reaktion ihren Wahlvorteil zu sichern, oder eine Schädigung der spezifischen Entwicklung unserer Partei zu riskieren.

1919 haben wir zwischen den beiden Möglichkeiten einstimmig gewählt und haben uns nach dem Antrag Brode gegen eine Wahlkoalition mit anderen Parteien ausgesprochen. Röder haben wir uns anders entschieden. Wir haben wiederum einstimmig beschlossen, diesmal uns zu der Taktik zu bekennen, die den sicheren Sieg des bloc national zur Folge haben wird und demzufolge die Wahlkoalition mit anderen Parteien für zulässig erklärt ist. Trotzdem sind wir seit 1919 die gleichen geblieben. Wir sind die gleiche Partei als vor der Spaltung von Taur. Wir blieben noch wie vor geschlossene und rücksichtslose Anhänger der sozialistischen Lehre.

Der Hauptgrund für die neue Taktik der sozialistischen Partei Frankreichs ist die Überzeugung, daß die französische Reaktion in gewisser Hinsicht die europäische Reaktion dirigiert, inspiriert und ermutigt, daß ein neuer Sieg der französischen Reaktion eine Konsolidierung der Reaktion der Welt noch sich ziehen wird. Wir sind überzeugt, daß ein neuer Sieg des bloc national ein vielleicht unüberwindliches Hindernis für die friedliche Lösung internationaler Differenzen und für die friedliche Organisierung der Welt bedeutet.

Wir machen uns keine übertriebenen Vorstellungen über den Erfolg dieser neuen Taktik und von den möglichen Resultaten eines Sieges des "Kartells der Linken". Vielleicht gibt es schwere Enttäuschungen, aber wir wollen nicht, daß man uns eines Tages vorwerfen könnte, durch dogmatische Antagonismus und durch Patriotismus auch die leiseste Chance, eine Annäherung des französischen Regimes herbeizuführen, unterlassen zu haben. Das Opfer, das wir demit bringen, gilt der internationalen Versöhnung und dem Frieden!

### Die kommenden französischen Wahlen.

Von Leon Blum - Paris.

Bis 1919 wurde die französische Kammer durch einheitliche Wahlen in den Arrondissements gewählt. Frankreich hatte ungefähr 600 Wahlkreise. Grundätzlich hat sich die Partei in jedem Wahlkreis und in Wirklichkeit in der sehr großen Mehrheit der Kreise durch Aufstellung eines Kandidaten beteiligt und wenigstens den Wahlkampf und die Agitation zugunsten des Parteidoktrinums und zur Verbündung neuer Mitglieder, Organisationen und neuer Gruppen geführt. Wenn unsere Kandidaten nicht die absolute Mehrheit der Stimmen erhielten und deshalb nicht im ersten Wahlgang gewählt wurden, was leider meist der Fall war, konnten wir doch wenigstens in der Stichwahl einen radikalen oder republikanischen Kandidaten zu gewinnen versuchen. Das war für uns ganz natürlich, wir taten es gratis und wir haben niemals mit anderen politischen Parteien einen Stichwahlkonsortium getroffen. Wir taten es, wie es im Jaques lagte, ohne uns anderen Interessen, als denen des Sozialismus verpflichtet zu fühlen, ohne aber zu vergessen, daß die sozialistischen Interessen von denen der Republik un trennbar sind. Um mit Edouard Vaillant zu sprechen: Wie taten

es als rein sozialistische Pflicht und aus sozialistischer Disziplin, denn jeder Sozialist ist notwendigerweise Republikaner, und der vollkommenen Republikaner ist der Sozialist.

Diese Taktik des Verzichts hatte mitunter ihre großen Schwierigkeiten, weil in Frankreich die wirkliche Politik nur mit großen Schwierigkeiten hinsichtlich ihrer Richtung unterschieden werden kann. Die Grenzen, die sie trennen, sind verworren und dauernd in Fluss und ihre Haltung erkennt man so häufig, daß man sie bisweilen kaum wieder zu erkennen vermugt.

Das Wahlgesetz von 1919 hat die bisherigen Verhältnisse von Grund auf verändert. Die Wahlkreise sind weniger zahlreich als früher, die Listenwahl ist eingeführt, und im normalen Fall gibt es nur noch einen Wahlkampf. Aber das französische Gesetz von 1919 begünstigt systematisch in jedem Wahlkreis die Liste, die die größte Zahl der Stimmen auf sich vereinigt. Wenn eine Liste die absolute Mehrheit erhält, werden ihre sämtlichen Mandate zugesprochen, und die Liste, die die relative Mehrheit erhält — das ist meist der Fall — bekommt die Reststimmen sämtlicher anderer Listen zugewiesen, so daß sie mitunter zu erkennen vermugt.

Die Kandidaten sind gewählt.



## Kriegsbeschädigten-Fragen.

Aus Berlin wird uns berichtet: Der Ausschuss für Kriegsbeschädigtenfragen besteht jetzt aus 7 Männern mit über fünfzig Beauftragten, die meist in Form von Provinzvereinen, Resolutionen und Telegrammen zu einem erheblichen Teile auch mit ausführlichen Begründungen zu dem Reichstag zugegangen waren. Sie gingen von allen Verbänden der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen aus und wandten sich insbesondere gegen die niedrigen Goldentensätze der Verfolgungsberechtigten, gegen die in der Personalabfuhrordnung des Reiches vom 27. 10. 1923 enthaltenen Bestimmungen, sowie für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen betreffe und gegen die niedrige Abfindungsumfrage für die Leichtbeschädigten usw. Der Reichsgerichtsrat beantragte sämtliche Petitionen der Reichsregierung zu überweisen. Genoss Meier-Sindow erklärte im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion, daß damit einverstanden wurde, aber zum Ausdruck, daß so ungünstig wie bisher die ungenügende Beurteilung der Kriegsopfer nicht bleiben könne. Sein Vorstoß sei nicht in der Lage, die Verantwortung für den bisherigen Zustand länger zu tragen. Er beantragte, daß der Reichstag noch vor seinem Ende wenigstens einen Teil des an den Kriegsbeschädigten Reises fände die Zustimmung des Ausschusses. Durch eine engere Kommission wurde eine Entschließung formuliert, nach der die Reichsregierung erachtet, die Renten der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und sonstigen Militärenten am 1. April 1923 allgemein um erhöhen und in Anlehnung an die Beamtenbedingung auch drittliche Sonderauszahlungen an bewilligen. Gleichzeitig soll für alle Gruppen das Gehaltskürzung mindestens so wiederhergestellt werden, wie es bei der Verabschluß der Roetke zum Reichsverfolgungsgeley vom 23. 6. 1923 bestanden hat. Der Ausschuss bat am Dienstag den Bericht der engeren Kommission gebilligt. Eine weitere sozialdemokratische Anregung, die Abfindungsumfrage bei Wiederberichtigungen den jüngsten Verhältnissen anzupassen, wurde der Regierung zur weiteren Erledigung überreicht.

## Der privatisierte Mittelland-Kanal.

Die Reichsregierung hat den Beschuß gefaßt, die nötigen Gelder für baldigen Vergrößerung des Mittellandkanals zur Verfügung zu stellen. Vorausgesetzt, daß keine Komplikationen finanzieller Art eintreten sollten, man mit dem Abschluß der Arbeiten, die ungefähr 10.000 Arbeitslosen Beschäftigung geben werden, diesen Zeitraum. Die Herstellung der Wassertrags, die nun schon seit Jahren im Vordergrunde des öffentlichen Interesses steht, wurde, da sie bei Magdeburg Anslauf zu der Elbhauptfahrt findet, den Güterverkehr der Reichsstraßenbahn ganz bedeutend entlasten. Gerede in der frischen Zeit, daß eigentlich wieder durch die Arbeit am Mittellandkanal geöffnet zu begründen. Die technischen Vorarbeiten für die Vollendung des Kanals sind voll im Gang. So ist z. B. der Kanaldamm für die Strecke Peine-Braunschweig-Magdeburg das Entstehungsrecht für Grundstücke zugesprochen worden. Weniger exakt ist die Gründung einer Aktiengesellschaft, die umgehängt vom Reich das große Projekt verwirklichen soll.

Mit der Gründung dieser A.G. verfolgt das Reich den Zweck, durch Abtrennung von Betriebsbetrieben soll sehr finanziell zu entlasten und die Rentabilität des Unternehmens zu fördern, indem die Rendite auf eine rein laufmäßige Basis gestellt werden. Durch die Betriebsförderung werden über der privaten Wirtschaft wieder einmal große Konzessionen gewährt. Auch der Vorbehalt, Reichsinteressen gehoben zu vertreten und zu wahren, ändert daran nichts. Das Reich folgt in Bezug auf den Mittellandkanal dem Beispiel Bayerns, das bedeutend die Vermehrung und Finanzierung seiner Wasserstraßen über längere Zeit vom Staat losgelöst hat. Die einzige Praxis unterscheidet steht natürlich in diesem Vorhaben die einzige Möglichkeit, den Kanaldamm überhaupt zu vollenden. Wir sind anderer Meinung! Die technischen und finanzielle Gelüste in den Deutschen Werken genügen Verzadungen in der Preußischen Rada L. & G. und der Oberlausitzer Gesellschaft beweisen, daß die sogenannte Verbindlichkeit und Verpflichtung an und für sich noch kein Heilmittel gegen die Not der Zeit ist.

## Dolkswirtschaft.

Schwierige Produktion in den westlichen Nachbarländern. Im Konkurrenz- und Belgien macht sich die Branchenkonkurrenz durch höheren Anteil in der Produktion bemerkbar. Das gilt besonders für die Süttinenteile. Die großen belgischen Unternehmen, wie Ucclemer, Martimelle und Ougrée-Martimelle haben neue Hochöfen abgeschmolzen und werden in den nächsten Tagen weitere Ofen in Betrieb nehmen. Frankreich, das im Monat Februar 184 Dosen in Tätigkeit hatte, wird in nächster Zeit weitere 42 Dosen den Betrieb übernehmen. Niederrheiffestigt man, die Konkurrenzproduktion, die im Januar insgesamt 88.978 Tonnen Süttinohalt betrug, bedeutend steigen zu können. Im Saarrevier haben der Burghausener und die Differdinger Hochöfen und Süttinofabrik eine Reihe von Ofen neu angebracht. Weitere Dosen stehen vor der Industrieleitung. — Den Preisdruck der französischen Produktion scheint besonders die amerikanische Stahlindustrie durch Nachstellen der Auflage zu führen. Deshalb sieht sie sich zu Preisermäßigungen gezwungen.

Rückgang der Baumwollpreise. Der Rückgang der amerikanischen Baumwollpreise hat auch die Liverpooler Rivalen für englische Baumwolle abgeschwächt, die noch vor kurzem

große Freizeit aufweist. Die Kaufleute in ägyptischer Baumwolle waren hauptsächlich vom Kontinent ausgegangen; sie haben sich jetzt angeholt der Verbilligung des amerikanischen Produktes sehr herzverringert. In Alexandria, wo der Markt monatelang stabil war, ist eine rückläufige Bewegung der Baumwollpreise eingetreten.

## Emden.

o. Polizeiliche Mitteilungen. Wegen unbefugtem Betriebe von Angestellten kommt zwei Personen zur Strafstrafe und eine Person wegen unbefugten Handels mit Spirituosen.

Wertvoller Fundus für die neue Bildergalerie der Emden Kunsthalle. Zum 100. Geburtstage (22. März) des Malers Dr. B. Poppings aus Marleborho (1824 bis 1901) wurden die beiden besten Gemälde überreicht und zwar der mächtige Charakterkopf seines Münchener Bildhauerfreundes und das eindrucksvolle Porträt des eigenen Vaters, des alten „Papiers“, der die tropische Veranlassung war, daß aus dem hochbegabten Künstler schließlich ein ostasiatischer Künstler wurde. Am Archiv der Gelehrten befindet sich eine ausführliche Schrift darüber dieses höchst interessante Vorganges. Dittmar hat in seinem schönen Heimatmuseum „Ammendorf“ bewahrt. Ein Dokumentenfund wie der dortige Müllersohn Dr. Poppings nun freilich nicht gewesen, — seine Kunst lag (wie das des Großen) in dem Wunsch um zu verschaffen. Nach jahrelangem Ringen mit dem feindlichen Bauernhof des Vaters (Hofgut des Alten) erreichte die Beamtensiedlung auch dritte Sonderauszahlungen an den Beamtenbedarf, denn sie schienen gar nicht zu wissen, welchen Anfang sie dadurch erzielten. Dostoevskij genügt die Rots, die Russen an diesen Vorhaben zu hindern.

Blumenbüchsen für die Reise nach Holland. Am Donnerstag werden die aus Wiesbaden in den Balkontourismus eingeschalteten Geschäftsmänner durch Zeitung der Rentenberichte berichten. Solche Zeiträume sind der unruhigen Überlandpost so gut wie genau zu bestimmen, denn sie scheinen gar nicht zu wissen, welchen Anfang die zum öffentlichen Sicherheitsbeamten aufgestellten Apparate sie dadurch erzielen. Dostoevskij genügt die Rots, die Russen an diesen Vorhaben zu hindern.

Blumenbüchsen für die Reise nach Holland. Die Büchsen sind neu gefertigt worden. Preise: 6 Gulden für vier Böden, 10 Gulden für ein Viertelzöpfchen, 18 Gulden für ein halbes Jahr, 24 Gulden für ein Jahr. Eine Gemühsamkeit trifft unter keinen Umständen ein.

Erbliches Sinten der Werpreise. Im letzten Jahr nicht nur in Westfalen und in der Elbhauptfahrt, sondern im Rheinland sind die Werpreise in den letzten Tagen nicht mehr erhöht.

Neues Amtariat. Dem finnischen Vicekontrolleur, Herrn Neiderheimtisch Schulze, ist nunmehr das Reichs- und Exekutiv-amt erteilt worden.

Ende Stiftungs-Brüder. Angelommen am 13. März: Dr. Heimit von Siettin, Abgeordneter am 18. März; Dr. Zabel, Kapt. Hansen, nach Borz Talbot; Dr. Demjan 7., Kapt. Leib, nach Oldenburg; Dr. Wilhelm, Kapt. Stromann, nach Bonn; Kapt. Hodde, Kapt. Hodde nach Altona.

Das Erschöpfen im Eisenbahnbau. Von 1. April ab sollte für alle Reichsbahndienststellen der Eisenbahnbau eingestellt zu sein.

Da man jedoch fürchtet, daß die Eisenbahnlinien in so großer Menge nicht fertiggestellt werden, soll der Eisenbahnbau am 1. April nur für die Moskau-Linien, dagegen für Schlesien-Linien und -verbindungen erst am 1. Mai in Kraft treten. Zeit werden die höheren Bezeichnungen für die neuen „gerührten“ Zeiträften veröffentlicht: das Bildschild, das in den Eisenbahnmarken eingetragen ist, soll 70 Kilometer hoch und 40 Kilometer breit sein, „der Kopf deutlicher Schlechtzeit“ aufzuweisen und eine Größe von mindestens 20 Metern zu besitzen. Die Unterbrechung des Eisenbaus, die bisher auf den Zeiträften verlängert wurde, wird in Zukunft auf das gleiche Maß begrenzt. Die Mindestabstände zwischen den Gleisabschnittsschildern gegen eine Strandbahn sind von 30 bis 40 Metern angesetzt, so wie bei Rückgabe eines unbestrittenen Rahmens zurückgestellt werden. Bei jedem Rahmen wird eine „Bahnstrassenwacht“ gesetzelt, was Bild und Farbe nebeneinander zu beliegen sind. Die Fahrtzeitabenden sind aufzertunden angezogen worden, den Zeitabenden bei der Berechnung von Bahnen und Karren behilflich zu sein. Die bisher am 9., 18. und 27. jeden Monats durchgefahrene Ladung fällt in Januar fort, dafür sollen die Bahnstrassenwachten den Rahmen unterlegt und festigt. Reisende mit ihren Zeiträften oder mit Rahmen, bei denen Karren und Bilder nicht ordnungsgemäß befestigt sind, werden wie Reisende ohne gültige Zeiträten behandelt.

## Aus dem Lande und den Nachbarprovinzen.

Vorarl. Bauernfest. Die Stadtverwaltung hat sich mit erstaunlichem Erfolg bemüht, den Bauernfest durch Überlassung von Klappstühlen auf Spaghetti und durch Bierbrotübernahme für Roggenbäcker bei der Staatsliche Landwirtschaft in Oldenburg zu beleben. Reben einer Reihe von Bierbänkchen (Um- und Raumtonen) werden zahlreiche (Söderbank) der Herren Höfers, Büchsenhof bei der Birma-Waggon und Höhen gebaut. Die Reichsbahn, die sich während mit völlig unzureichenden Räumen beobachten mußte, erledigte in den Windhallen ein großes Gebäude für Kästen und Weinmöbel; die Poststelle erweiterte den Umbau des vor kurzem von der Stadt geschaffenen Gebäudes durch Aufstockung und Einrichtung zweier Wohnungen; die Räume der Kaufmannschaft werden für die Zwecke der Poststelle umgebaut und er-

weitert. Der Geschäftszweck des J. S. Schöners Bank geht weiter. Der Geschäftszweck des J. S. Schöners Bank geht weiter.

Großenküchen. Schulbau. Das Oberhaußkollegium hat entschieden, daß es bedeckt, die einfache Schule in Steinborn aufzubauen. Die Bevölkerung ist bestrebt, die Schule zu erhalten. Ebenso soll die Schule in Hohenbörde eingehen. Die Kinder sollen der Schule in Hollern übertragen werden.

Clappenburg. Es wird sich. Die am Sonntag von hier entstandenen beiden Verbrechen, Bubkes und Alters sind in dem schrecklichen Tannenforst, nachdem man ihre Spuren hier gesucht hatte, wieder ergraben und unter Schloss und Siegel gesetzt worden. Einige wenige Menschen, die beide Flüchtlinge bis zu ihrem Amt. Wie man hört, werden die fünfzig fünf Flüchtlinge in den nächsten Tagen nach Bremen oder Oldenburg transportiert werden, da die höchsten Kreispolizeiämter für dasartige Herren nicht genügend Sicherheit bieten.

Neuenkirchen. Ein blutiges Drama. Dieser Tage wurde der Landwirt Heinrich Wederjäger vor seinem Hofe erschossen aufgefunden. Als mutmaßlicher Täter wurde der 17-jährige Nachbarjunge Anton Schlingensieder verhaftet. Die Familien Wederjägers und Schlingensieder sind feindliche Nachbarn. Schlangen möhlt schon der Streit. An dem befehligen Abend schoss der Wederjäger die Schlingensieder, der sich dort zu schaffen machte. Er verdeckte ihm eine Tracht Prassel, worauf Anton Schlingensieder heulend nach Hause lief. Sechs Minuten später meldete sich wieder der Wederjägerische Hofsoldat. Wederjäger nahm sein Jagdwaffe und ging ins Freie. Auf unmittelbar darauf trat Anton Wederjäger schnell hinter ihm und erschoss ihn. Von bösen Annahmen erfüllt, eilte sie ihrem Mann nach. Sie hörte ein langes Knallen, und zwanzig Schüsse vom Hause entfernt fand sie ihren Mann als Leiche am Boden liegen. Wederjäger, der durch einen Herzschlag gestorben war, lag auf seinem Jagdwaffen. Wie die Untersuchung ergab, hat auch Wederjäger geschoßen. Anton Schlingensieder, der sofort in Untersuchungshaft genommen wurde, leugnet jede Schuld.

Gremienkunde. Im Fall auf Seebeds Werft. Das während der Ausprägung der Schleppen ganz anders verhandelten Vierjahre in der Balkontourismus eingeschalteten Geschäftsmänner durch Zeitung der Rentenberichte berichten.

Ernstes Amtariat. Am Donnerstag werden die aus Wiesbaden und in der Elbhauptfahrt, sondern im Rheinland sind die Werpreise in den letzten Tagen nicht mehr erhöht.

Reichs-Postamt. Dem finnischen Vicekontrolleur, Herrn Neiderheimtisch Schulze, ist nunmehr das Reichs- und Exekutiv-amt erteilt worden.

Leiter des Reichenbachschen Postamtes ist für den Gewerbeaufsichtsdienst besonders verhandelt worden, Arbeiten auszuführen, die normalerweise nur unter Aufsicht und Mithilfe jetzt ausgesetzter Leute gemacht werden können, zeigt ein Umfall, der sich freitags nach Seebeds Werft ereignete. Dort waren zwei Schleppen mit einem englischen Dampfer, der Reparaturen ausführen läßt, mit einer Bahnzugmaschine tätig. Die Maschine überschlug sich und beide Schleppen fielen in die Tiefe, wobei sie sich mehrere Verletzungen zuzogen. Es durfte sich für den Gewerbeaufsichtsdienst jetzt auf den Dampfern ein umfangreiches Tätigkeitsfeld ergeben, hier überall nach dem Bediensteten zu leben, wenn auch gar noch mit tödlichen Unglücksfällen gerechnet werden soll, die letzten Endes wieder nichts als Auslauf der Brüderlichkeit des Werftbetriebes angesehen sind, die die Arbeitsmäusebewohner und jetzt aus den Angeln des Schleppen Namhafte herausgeholt herausgeholt werden.

o. Postortsoberförster. Das den Reichsmarken gehörende Postamtshaus ist für den Preis von 10.000 Mark an die Firma Bruns u. Wiedemann (Brunn) verkauft worden.

Leiter. Von Realgymnasium und Gymnasium am. Der Leiter der biologischen Doppelklinik, Oberstudienrat Dr. Neidhardt, wurde infolge der Abbauberechnung in gleichem Eigentum an das Kaiserin-Augusta-Ostrow-Gymnasium in Hannover-Linden versetzt.

Böhmen. Kalb mit fünf Weinen. Eine Kuh eines biologischen Einwohners brachte ein lebendes Kalb mit 5 Weinen zur Welt. Das fünfte Weinglas befindet sich auf dem Rücken des Kalbes.

Gens. Eine Töchter-Emmagnung beansprucht. Die Errichtung von Zwangsimmagini haben beantragt eine Anzahl Töchternehmer für den Kreis Witten mit dem Sil in Gens und eine Anzahl Domänenbewohner für das Dreieck Amiens, ebenfalls mit dem Sil in Gens. Der Regierungskonsulent in Kirch ist den Bürgermeister des Kreis herzhaft als Kommissar in dieser Angelegenheit ernannt, der eine Abstimmung vornehmen wird.

Gelle. Delansbrück in Rienhagen bei Gelle. Von dem Karl-Liebknecht-Gesellschaft und der Hamburger Groß- und Mineralöl-Gesellschaft gegründete Robb-Industrie-Gesellschaft wurde mit ihrer ersten Bohreng in der Gemarkung Rienhagen bei Gelle in der Nähe der Robbbaude Giershausen bei 750 Meter Tiefe abgrün. Der Ausbruch erfolgte am 10. März abends. Man schätzte die Tagesproduktion auf 300 Tonnen Robb. Diese Förderung stellt ein ganz außergewöhnlich günstiges Ergebnis dar. Soweit die Schläge zu übersehen ist, stellt sich die Förderung ähnlichen amerikanischen oder rumänischen Rohstoffen durchaus auf die Seite. Das Mauschen der Eruption selbst soll kilometertiefe zu errechnen sein. In der Nähe dieser Bohrung nach dem Delansbrück begonnen werden.

## Schiffahrt und Schiffbau.

Noblo in Jülich. Der Jülicher Noblauer „Noblo“ auf dem verschwundenen ein Apparat für deutsche Telegraphie installiert wurde, lehrt von einer vierzehnjährigen Praxis in der Postvoie zurück. Die Ergebnisse werden als sehr günstig bezeichnet. Jeden Tag nahm der Segler die Zeitungen vom Eiffelturm und die Weiterverkäufe der englischen Stationen entgegen.

Sämereien.

in echter, zuverlässiger Qualität liefern  
Samenhandlung  
Joh. Mehrens, Oldenburg.  
Gegründet 1869.

**Flatauer & Co. Oldenburg**

G.m.b.H.  
Ritterstr. 19-20  
Textil-, Kurz- und Wollwarengroßhandlung.

**August Klostermann**  
Gegr. 1865 Weingroßhandel Fernspr. 288

**Alex Goldschmidt**  
Oldenburg i. O.  
Damen-Konfektion, Kleiderstoffe

**Friedrich Krüger**  
Zigarren, Zigaretten, Tabak.  
Gegründet 1864.

Damm 16 | Norderstraße 2 | Bremer  
Markt 7 | Stau 16/17 | Strasse 14

**Arbeiter-Garderobe**  
W. Gerken  
bei  
Oldenburg, Mühlenstrasse 9

**Sämereien**

Jes Boysen, Achternstrasse 6  
Schuhwaren aller Art.

**Hermann Wallheimer**

Oldenburg, Heiligengeiststraße 30.  
Spezialgeschäft für Damen- und  
Kinderkleidung. Kleiderstoffe.

**Delikatessenhaus Paul Fiderius**

Oldenburg i. O., Achternstr. 15. Fernspr. 1864.

**Siegmund Oss junior**

Herrnen- u. Knaepen-Konfektion.  
Untersorge und Schuhwaren.

Oldenburg i. O. Lange Str. 53

**Blumen-Rieder**

Lange Str. Nr. 61.

Blumen und Kränze in grosser Auswahl.

**Bei Einkäufen geht man nur zu den Inserenten unserer Zeitung!**

**William Neidhardt** ♦ Oldenburg  
Achterstr. 90-92  
Der Kinkauf von  
BETTEN  
erfordert das  
grösste Vertrauen!  
—  
**Hirsch-Apotheke, Oldenburg** +  
Vernarb sämtlicher Heilmittel.  
Markt 8 — Oldenburg i. Old. — Markt 8

**Oldenburger Sport-Haus**  
Gaststr. 23. Fernspr. 633.  
Das einzige Spezialhaus des  
Kännens. Nur Qualitätsware!

**M.Schulmann**  
Achterstr. 38. — Oldenburg — Telefon 309.  
Herren- und Knabenmoden.





